

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

27. Jahrgang

Berlin, den 16. Dezember 1960

Nummer 51/52

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahreswende 1960

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung  
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv  
Hamburg

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung  
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung  
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-  
forschung, Essen

Abgeschlossen in Essen am 10. Dezember 1960

### Die Lage der Weltwirtschaft

Die weltkonjunkturelle Situation um die Jahreswende 1960/61 ist gekennzeichnet durch einen Rückgang des Sozialprodukts in den Vereinigten Staaten und durch ein verlangsamtes wirtschaftliches Wachstum in Westeuropa. Als Folge dieser konjunkturellen Abschwächung stagniert der Welthandel. Die sinkende Tendenz der Rohstoffpreise hat sich verstärkt.

#### Produktionsrückgang in den USA

Die Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich erneut in einer Phase konjunktureller Rückbildung. Erreichte das Bruttosozialprodukt schon im Herbstquartal nicht mehr ganz den Stand des Frühsommers, so dürfte in diesen Wintermonaten ein weiterer, wenn auch wahrscheinlich wiederum geringer Rückgang in der Produktion von Gütern und Diensten zu verzeichnen sein. In den letzten Monaten hat die verringerte Ausgabenneigung der privaten Haushalte entscheidend zu der Verminderung der Geschäftstätigkeit beigetragen. Obwohl die verfügbaren Einkommen auch im dritten Quartal 1960 noch gestiegen sind, haben die Verbraucherausgaben abgenommen. Von dem Nachfragerückgang wurden vor allem die dauerhaften Güter betroffen, aber auch der Absatz der nichtdauerhaften Verbrauchsgüter erlitt eine gewisse Einbuße. Dagegen wurde weiterhin für Dienstleistungen mehr aufgewendet.

Die Investitionsbereitschaft der privaten Wirtschaft ist durch die hinter ihren Erwartungen zurückgebliebene Nachfrage beeinträchtigt worden. Der Lageraufbau ließ im dritten Quartal erheblich nach und machte in den letzten Monaten des Jahres einem Lagerabbau Platz; von den Lagerinvestitionen ging ein starker kontraktiver

Effekt aus. Auch die Investitionsausgaben der Wirtschaft für gewerbliche Bauten und Ausrüstungen haben im dritten Quartal nominal nur noch geringfügig zugenommen. Die Tendenz zur Abschwächung der Investitionstätigkeit dürfte sich im vierten Quartal verstärkt fortgesetzt haben. Im Wohnungsbau ist die seit Mitte vorigen Jahres zu verzeichnende rückläufige Bewegung noch nicht ganz zum Stillstand gekommen.

Zu den Bereichen, von denen expansive Wirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit ausgingen, gehört die öffentliche Hand. Seit dem Sommer sind die Ausgaben der Bundesregierung im Steigen begriffen, ohne allerdings im dritten Vierteljahr den Vorjahrsstand überschritten zu haben. Die Ausgaben der Staaten und Gemeinden haben weiter kräftig und kontinuierlich zugenommen. Die öffentlichen Haushalte schließen insgesamt seit Jahresmitte — nach Ausschaltung der Saisoneinflüsse — bereits wieder mit einem beachtlichen Defizit ab, was zum Teil auf steigende Ausgaben, in erster Linie aber auf das unter dem Einfluß der konjunkturellen Abschwächung verminderte Steueraufkommen zurückzuführen ist.

Die rasch wachsenden Ausfuhren im Verlauf des Jahres 1960 erwiesen sich ebenfalls als eine wichtige konjunkturelle Stütze für Beschäftigung und Einkommen.

In dieser Phase erneuter konjunktureller Abschwächung haben die Verbraucherpreise ihren leichten Anstieg fortgesetzt, dies gilt für alle Teilbereiche mit Ausnahme der dauerhaften Konsumgüter. Dagegen zeigten die Großhandelspreise sowohl insgesamt als auch im Industriesektor nur geringe Veränderungen bei divergierenden Einzelbewegungen, wogegen die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse etwas stärker schwankten.

In seiner Geld- und Kreditpolitik hat das Federal Reserve Board den Abschwächungserscheinungen Rechnung getragen. Mit Rücksicht auf das Zahlungsbilanzdefizit wurde die Verflüssigung und Verbilligung an den Geld- und Kapitalmärkten jedoch nicht so weit getrieben, wie dies bei Unterbeschäftigung in früheren Jahren üblich gewesen ist. Die Sätze für kurzfristige Gelder (Schatzwechsel der Bundesregierung) gingen zwar von ihrem Höchststand Ende 1959 von rd. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> % auf etwa 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> % zurück, sind aber in den letzten Wochen nicht mehr gesunken. An den Kapitalmärkten setzt sich die Verbilligung nur langsam durch, so beträgt die effektive Verzinsung langfristiger Schuldtitel des Bundes noch immer fast 4 %. Durch Offenmarktoperationen hat das Federal Reserve Board den Geschäftsbanken zunehmend die Bildung von freien Reserven ermöglicht.

Die konjunkturellen Aussichten der Vereinigten Staaten für die nächsten sechs Monate sind nicht als günstig zu beurteilen. Zwar wird mit einer leicht beschleunigten Zunahme der öffentlichen Aufwendungen zu rechnen sein, was sich bereits in verstärkten Rüstungsaufträgen anzeigt. Es ist jedoch sehr fraglich, ob die hiervon ausgehenden Anregungen ausreichen werden, um die von der Zurückhaltung der Verbraucher und der Unternehmer ausgelösten Abschwächungstendenzen überzukompensieren. Außerdem kann nicht erwartet werden, daß von der Außenwirtschaft künftig noch nennenswerte Impulse auf die inländische Wirtschaftsaktivität ausstrahlen werden, da die Abschwächung der wirtschaftlichen Expansion in der übrigen Welt nicht ohne Einfluß auf die amerikanische Ausfuhrentwicklung bleiben dürfte und zudem gewisse Sondereinflüsse, die zu der ausgeprägten Ausfuhrsteigerung im Jahre 1960 beigetragen haben, wegfallen werden. Zweifellos wird auch das erste Halbjahr 1961 im Zeichen einer starken Unterbeschäftigung aller Produktionsfaktoren — der Arbeitskräfte und der Produktionsanlagen — stehen.

Im Hinblick auf diese Kapazitätsreserven wäre eine stärker expansive Fiskalpolitik in den Vereinigten Staaten zu begrüßen. Das anfänglich aus einer solchen Politik resultierende Haushaltsdefizit würde entgegen häufig geäußerten Befürchtungen relativ schnell abgebaut werden können, da im Laufe einer Expansion die Steuereinnahmen überproportional zum Einkommen steigen. Dagegen verstärkt eine auf Haushaltsausgleich gerichtete Fiskalpolitik in Zeiten geringer privatwirtschaftlicher Aktivität die Schwächetendenzen, wie die jüngste Vergangenheit wiederum gezeigt hat, und hat so schließlich das Haushaltsdefizit, das vermieden werden sollte, zur Folge. Auch preissteigernde Effekte einer expansiven Wirtschaftspolitik brauchten in der gegenwärtigen Situation nicht einzutreten, da bei besserer Ausnutzung der Kapazitäten überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte realisiert werden, die zu erwartende Lohnerhöhungen ohne Rückwirkungen auf die Preise zulassen würden.

#### Verlangsamtes wirtschaftliches Wachstum in Westeuropa

In Westeuropa hat sich das allgemeine wirtschaftliche Wachstum im zweiten Halbjahr 1960 erneut verlangsamt, wobei sich allerdings hinsichtlich der einzelnen Länder erhebliche Unterschiede ergaben. Verhältnismäßig hohe Wachstumsraten

wurden auch in den letzten Monaten in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und Italien erzielt; gleichwohl hat sich auch hier das Wachstum im zweiten Halbjahr verlangsamt. In Frankreich, wo die Wirtschaftstätigkeit im ersten Halbjahr nahezu stagnierte, war im zweiten Halbjahr wieder ein beträchtlicher Anstieg des Sozialprodukts zu verzeichnen. In Großbritannien dagegen nahm das Sozialprodukt im zweiten Halbjahr konjunkturell nicht mehr zu. Insgesamt dürfte die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts Westeuropas im zweiten Halbjahr 1960 auf Jahresbasis noch etwa 5 vH betragen haben, gegenüber 6 vH im ersten Halbjahr.

Die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums zeigt sich besonders deutlich im industriellen Sektor. In der Produktion der verarbeitenden Industrie verlagerte sich das Schwergewicht noch mehr zu den Investitionsgütern. In der Konsumgüterindustrie machten sich in einzelnen westeuropäischen Ländern (Großbritannien, Frankreich) Abschwächungstendenzen, insbesondere bei den dauerhaften Konsumgütern (Automobilen, Haushaltsgeräten), bemerkbar. Im Kohlenbergbau gelang es den Montan-Union-Ländern, ihre bisherige Förderung im Jahre 1960 im wesentlichen zu halten. Die Zunahme des Kohlenverbrauchs wurde überwiegend durch Rückgriff auf die vorhandenen Bestände gedeckt. Großbritanniens Kohlenförderung lag hingegen 1960 unter dem Vorjahrsniveau. Auch hier wurde in nennenswertem Umfang auf die vorhandenen Vorräte zurückgegriffen. Die westeuropäische Stahlproduktion nahm trotz rückläufiger Stahlexporte nach den überseeischen Ländern erneut beträchtlich zu. Der rückläufige Auftrags-Eingang bei der Stahlindustrie in den letzten Monaten hat sich bisher kaum auf die Entwicklung der Produktion ausgewirkt, läßt jedoch für die nächsten Monate eine Verminderung des Produktionswachstums erwarten.

Das Güterangebot aus inländischer Produktion wurde in den meisten Ländern Westeuropas bis zur Jahresmitte in immer noch zunehmendem Maße durch Einfuhren ergänzt; von da ab hat die Einfuhr insbesondere in Großbritannien und Italien, aber auch in anderen wichtigen Ländern konjunkturell nicht mehr zugenommen. In einzelnen Ländern war sie sogar rückläufig. In Frankreich hingegen wirkte sich die im zweiten Halbjahr wieder einsetzende wirtschaftliche Belebung in einer erneuten nennenswerten Zunahme der Einfuhr aus.

Die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in Westeuropa ist nur zum Teil die Folge einer ungenügenden Angebotselastizität. In der Nachfrageentwicklung ergaben sich bemerkenswerte Veränderungen.

Im Gegensatz zum Vorjahr gingen in Westeuropa von der Auslandsnachfrage seit dem Frühjahr 1960 nur noch geringfügige expansive Wirkungen aus. In einzelnen Ländern verminderte sich die Auslandsnachfrage sogar. Das gilt vor allem für die Länder, die in stärkerem Maße Nordamerika und die überseeischen Rohstoffländer beliefern, insbesondere für das Vereinigte Königreich. Nur die Länder mit überwiegend orientierung ihrer Ausfuhr nach europäischen Märkten erfreuten sich im ersten Halbjahr 1960 noch einer zunehmenden Auslandsnachfrage. Seit Jahresmitte hat aber der Auslandsabsatz auch dieser Länder nicht mehr zugenommen.

Das wirtschaftliche Wachstum in Westeuropa wird damit gegenwärtig nahezu ausschließlich von der Inlandsnachfrage getragen. Das relative Gewicht der Anlageinvestitionen hat sich noch verstärkt. Wiederum waren die Anlageinvestitionen der privaten Wirtschaft der stärkste Auftriebsfaktor. Von den Wohnungsbauinvestitionen, die lange Zeit als expansiver Faktor in Westeuropa eine bedeutende Rolle spielten, gingen in letzter Zeit keine zusätzlichen Anregungen mehr aus. Die Zunahme des Anteils der Anlageinvestitionen wurde nicht nur durch eine Abnahme des Anteils des Außenbeitrags, sondern auch durch einen relativen und absoluten Rückgang der Lagerinvestitionen kompensiert.

Das Wachstum der öffentlichen Ausgaben entsprach in Westeuropa in den letzten Monaten etwa dem allgemeinen wirtschaftlichen Wachstum. In Großbritannien gingen von den öffentlichen Ausgaben etwas schwächere, in Frankreich hingegen etwas stärkere Anregungen aus.

Mit den steigenden Masseneinkommen nahm der private Verbrauch im zweiten Halbjahr in den meisten westeuropäischen Ländern merklich zu, wenn auch der Angebotsspielraum vielfach nicht voll ausgenutzt wurde. In Großbritannien allerdings, wo die konjunkturpolitischen Instanzen wegen der ungünstigen Wirkungen auf die Zahlungsbilanz bisher noch an den bereits früher getroffenen konsum einschränkenden Maßnahmen festhielten, stagnierte der private Verbrauch. In den Niederlanden wurde die Konsumfinanzierung in letzter Zeit ebenfalls erschwert, während in Frankreich die Teilzahlungsbedingungen erleichtert wurden.

Die Preissituation hat sich seit Mitte des Jahres insgesamt bisher wenig geändert. In den meisten Ländern sind die Großhandels- bzw. Erzeugerpreise industrieller Fertigwaren nur leicht gestiegen. Innerhalb der Verbrauchsausgaben zogen die Preise für Wohnung und Dienstleistungen wie auch für Bekleidung und Hausrat im allgemeinen merklich an. Die Nahrungsmittelpreise standen jedoch bis in die jüngste Zeit hinein unter Druck, so daß sich die gesamten Lebenshaltungskosten kaum veränderten. Es ist allerdings zu erwarten, daß sich dieser neutralisierende Einfluß in den kommenden Monaten abschwächt, so daß sich die Tendenz steigender Preise bei anderen Gütergruppen dann stärker durchsetzen wird.

Der Arbeitsmarkt steht in fast allen Ländern im Zeichen der anhaltenden Vollbeschäftigung. Die Zahl der Beschäftigten ist weiter gestiegen. Außer Belgien und Irland verfügen lediglich die Mittelmeerländer noch über nennenswerte Arbeitskraftreserven, auf die vor allem die Schweiz und die Bundesrepublik zurückgriffen.

Besonders bemerkenswert ist, daß in Branchen mit Absatzschwierigkeiten nur vereinzelt Arbeiter entlassen wurden. Diese Praxis verzögert einerseits die Expansion in den nachfragebegünstigten, unter Kräftenmangel leidenden Bereichen; sie beeinträchtigt andererseits in den nicht ausgelasteten Industriezweigen selbst die Produktivität je Beschäftigten und damit über die Stückkosten auch die Gewinnspannen. Die Folge ist eine sich verstärkende Neigung zu Preiserhöhungen trotz stagnierendem oder rückläufigem Absatz. Das gilt ganz besonders angesichts eines zunehmenden Lohnauftriebs, der sich bisher allerdings im allgemeinen noch in maßvollen Grenzen hält.

Das Handelsbilanzdefizit Westeuropas nahm 1960 gegenüber dem Vorjahr zwar zu, dem stand jedoch ein erheblich darüber hinausgehender Dienstleistungsbilanzüberschuß gegenüber. Außerdem kam es zu einem außerordentlichen Zufluß an Geld und Kapital, so daß sich die Währungsreserven Westeuropas abermals stark erhöhten. Der Zuwachs konzentrierte sich vor allem auf die EWG-Länder (rd. 80 vH), unter ihnen insbesondere auf die Bundesrepublik Deutschland. Frankreich und Italien sammelten erheblich weniger Währungsreserven an als im Vorjahr, da es ihnen möglich war, in beachtlichem Umfang Auslandsschulden zu tilgen.

Der unerwünschte Zustrom kurzfristiger Gelder aus den USA hat verschiedene westeuropäische Notenbanken zu Gegenmaßnahmen veranlaßt. Dazu zählen insbesondere die Diskontsenkungen in der Bundesrepublik und Großbritannien, die mehr oder weniger im Gegensatz zu den erklärten binnenwirtschaftlichen Zielsetzungen der Kreditpolitik stehen. Dagegen sollte die Diskontsenkung in Frankreich die Inlandsnachfrage anregen, in Belgien wurde lediglich der Satz für Exportwechsel ermäßigt.

Für das kommende Halbjahr muß für Westeuropa insgesamt mit einer weiteren Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums gerechnet werden. Es ist wenig wahrscheinlich, daß sich die Nachfrage der außereuropäischen Länder nach westeuropäischen Waren in den nächsten Monaten wieder verstärkt; eher ist mit dem Gegenteil zu rechnen. Was die Inlandsnachfrage anbelangt, so planen die Unternehmer in den meisten westeuropäischen Ländern, ihre Anlageinvestitionen weiter nicht unerheblich auszudehnen; ob sie aber ihre Pläne bei verändertem konjunkturellen Klima, insbesondere bei unfreiwilliger Lagerbildung in manchen Bereichen in vollem Umfang durchführen werden, ist zweifelhaft. Rasche, ins Gewicht fallende Veränderungen im Ausgabegebaren der öffentlichen Hand sind schon aus institutionellen Gründen in den nächsten Monaten wenig wahrscheinlich. Die Masseneinkommen werden zwar weiterhin steigen, insgesamt aber kaum stärker als im vergangenen Halbjahr. Vom privaten Verbrauch sind kaum zusätzliche Auftriebskräfte zu erwarten. Selbst wenn die Anlageinvestitionen im geplanten Umfang durchgeführt werden, dürfte eine Wachstumsrate des realen Sozialprodukts in Westeuropa von jährlich 3 bis 4 vH das äußerste sein, was sich im Verlauf des ersten Halbjahrs 1961 auf Grund der Nachfrageentwicklung realisieren lassen wird.

#### Welthandel expandiert nicht mehr

Unter dem Einfluß des nachlassenden Wirtschaftswachstums verlangsamte sich im ersten Halbjahr 1960 der Anstieg der Welthandelsumsätze. Im dritten Vierteljahr 1960 ist die Expansion des Welthandels vermutlich sogar zum Stillstand gekommen, die Umsätze lagen jedoch noch um etwa 8 vH über dem Vorjahrsniveau.

Die unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten und Westeuropa führte dazu, daß die Ausfuhr der USA nach Europa noch kräftig anstieg, während die Ausfuhr Westeuropas nach den USA merklich abnahm. Die Ausfuhr der Rohstoffländer dürfte in den letzten Monaten wertmäßig günstigstenfalls gehalten worden sein; sie lag im dritten Vierteljahr nur noch wenig höher als im Vorjahr.

Die Einfuhr dieser Länder dürfte nur noch wenig gestiegen sein.

### Rohstoffpreise stärker rückläufig

Bereits im ersten Halbjahr 1960 zeigten die Rohstoffpreise unter dem Eindruck der abgeschwächten Wirtschaftsentwicklung in den USA wieder leicht sinkende Tendenz. Seit Jahresmitte hat sich der Preisrückgang verstärkt. In dieser Entwicklung schlug sich neben der Abnahme der industriellen Produktion in den Vereinigten Staaten die verlangsamte Produktionsausdehnung in Westeuropa nieder. Selbst die politischen Unruhen in Afrika und ausgedehnte Streiks im Kupferbergbau, Ereignisse, die in früheren Jahren eine Hausse ausgelöst hätten, blieben ohne Einfluß auf die Preisentwicklung.

Entsprechend der erwarteten geringen Expansion in der westlichen Welt wird in den nächsten Monaten der Rohstoffverbrauch nur noch wenig wachsen. Da in einer solchen Situation bei den Rohstoffverbrauchern in Erwartung weiterer Preisrückgänge die Neigung besteht, ihre Lagerbestände einzuschränken, könnte vorübergehend sogar ein Rückgang der Rohstoffnachfrage eintreten, der den Preisdruck weiter verstärken würde.

Sehr hohe Ernten in Westeuropa werden sich in einem geringeren Zuschußbedarf an Nahrungs- und Futtermitteln auswirken; der Angebotsdruck auf den Agrarmärkten wird sich deshalb weiter verschärfen.

### Strukturell bedingtes Überangebot auf den Rohstoffmärkten

Der weltweite Wirtschaftsaufschwung 1958 bis 1960 brachte einen recht beträchtlichen Mehrbedarf an Rohstoffen. Trotzdem blieb die Preissteigerung auf den Weltrohstoffmärkten verhältnismäßig engen Grenzen. Bereits ein leichtes Nachlassen des Wachstums genügte, diese Entwicklung wieder umzukehren: inzwischen ist fast der gesamte Preisanstieg wieder verloren gegangen.

Dieses Geschehen muß vor dem Hintergrund eines strukturellen Überangebots gesehen werden. Die durch die Koreakrise und die anschließenden strategischen Vorratskäufe stark gestiegene Nachfrage hatte zu Beginn der fünfziger Jahre zu außergewöhnlichen Preissteigerungen geführt. Diese regten zu starken Kapazitätsausweitungen an, denen seit Fortfall dieser Sonderinflüsse keine entsprechende Nachfrage gegenüberstand. Dabei wirkte sich erschwerend aus, daß das wirtschaftliche Wachstum in einigen Industrieländern nicht unerheblich hinter den Expansionsmöglichkeiten zurückblieb. Hinzu kommt, daß der technische Fortschritt bei der Rohstoffverwendung einen geringeren spezifischen Bedarf zur Folge hat. Außerdem dringen Substitutionsprodukte industrieller Herkunft in vielen Verwendungsbereichen vor. Unter diesen Umständen ist auch auf längere Sicht mit hoher Angebotselastizität bei den industriellen Rohstoffen zu rechnen.

Auf den Weltagrarmärkten führten zudem dirigistische Maßnahmen zu Produktionsausweitungen, die vielfach weit über die laufende Zunahme der Nachfrage hinausgingen. Außerdem hat der technische Fortschritt zu erheblichen Produktivitätssteigerungen und zur Erweiterung der Produktionsgrundlagen geführt.

### Rohstoffländer drosseln erneut Einfuhr

Die außenwirtschaftliche Lage der Rohstoffländer hat sich in den letzten Monaten bereits wieder verschlechtert. Ihre Devisenbestände haben abgenommen. Nach den bisherigen Erfahrungen wird ihre Einfuhr mit zeitlicher Verzögerung der Ausfuhrentwicklung angepaßt; vereinzelte sind jetzt schon Maßnahmen zur Einfuhrdrosselung ergriffen worden. Die „terms of trade“ werden sich für die Rohstoffländer in der nächsten Zeit weiter verschlechtern.

### Ausblick

Der Produktionsrückgang in den Vereinigten Staaten und die anhaltende Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in Westeuropa lassen befürchten, daß die Expansion in der westlichen Welt wieder zum Erliegen kommt. Zur Abwendung dieser Gefahr wären in den von einer Abschwächung der Nachfrage betroffenen Ländern erheblich stärkere konjunkturaneigende Maßnahmen nötig, als sie bereits ergriffen wurden. Eine nachfragestimulierende Politik wird jedoch in den USA und in Großbritannien durch Zahlungsbilanzschwierigkeiten erheblich behindert. Vor allem ist zu befürchten, daß Großbritannien mit Rücksicht auf seine außenwirtschaftliche Situation auf wirksame konjunkturpolitische Maßnahmen verzichten wird. Aber auch in den Vereinigten Staaten wirkt sich das Zahlungsbilanzproblem auf die Konjunkturpolitik und damit auf das Wirtschaftswachstum hemmend aus. Wenn die Zahlungsbilanzschwierigkeiten hier außerdem noch zu einer durch die Leistungskraft der amerikanischen Wirtschaft nicht gerechtfertigten Beschränkung der Kapitalausfuhren und Entwicklungshilfen führen würden, so wäre das für die gesamte westliche Welt sehr nachteilig.

Die Beseitigung des Ungleichgewichts im internationalen Zahlungsverkehr wird sowohl durch eine mangelnde Beteiligung der westeuropäischen Länder an der Kapitalhilfe als auch durch das Festhalten an den herrschenden Wechselkursrelationen erschwert. Hindernis aber auf die Dauer die Zahlungsbilanzanspannungen wichtige leistungsstarke Länder, insbesondere die USA, ihrer Wirtschaftskraft gemäß Kapitalhilfe zu leisten, so bleibt für die Entwicklungshilfe ein Potential unausgenutzt, dessen Ausschöpfung bei dem ungedeckten Kapitalimportbedarf der Entwicklungsländer dringend erwünscht wäre. Der bisherige Umfang der Entwicklungshilfe muß als unzureichend angesehen werden, um so mehr, als es den Entwicklungsländern auf Grund ihrer unbefriedigenden Exportentwicklung bisher nicht möglich war, ihr Importniveau über den Stand von 1957 hinaus anzuheben. Zudem wird es in der gegenwärtigen Phase einer weltwirtschaftlichen Konjunkturabschwächung für die Rohstoffländer noch sehr viel schwieriger sein, sich die dringend benötigten Devisen durch Exporte selbst zu verdienen.

### Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Das Wachstum des Angebots an Gütern und Dienstleistungen hat sich in der zweiten Hälfte des Jahre 1960 verlangsamt, die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts ging von nahezu 9 vH im ersten Halbjahr auf schätzungsweise 7 vH zurück. Auf der anderen Seite ließ die Gesamtnachfrage noch keine Zeichen der Dämpfung erkennen, sie nahm bis in die Gegenwart

konjunkturell unvermindert zu. Die Spannungen zwischen Angebots- und Nachfrageentwicklung haben sich somit noch verschärft und die Tendenzen zur Preissteigerung verstärkt.

Auf die Gründe der Verlangsamung im Wachstum der Produktion ist an dieser Stelle vor einem halben Jahr bereits ausführlich hingewiesen worden. Entscheidend ist die Verminderung des Angebots auf dem Arbeitsmarkt, sie hat in den letzten Monaten noch zugenommen. Obwohl es gelang, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte verhältnismäßig stark zu erhöhen, hat sich der Zuwachs der Zahl der Beschäftigten verringert. Die Steigerung der Produktivität hat zwar im ganzen noch nicht nachgelassen, wohl aber in der Industrie.

Das Zentrum der Übernachfrage liegt nach wie vor in den Investitionsindustrien und in der Bauwirtschaft. Das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage im gesamten Investitionsbereich äußert sich am deutlichsten darin, daß sich zu den anhaltenden Verteuerungen der Bauleistungen seit der Mitte des Jahres nun auch Preissteigerungen auf den Märkten der Ausrüstungsgüter gesellt haben.

Der Expansion des verfügbaren Einkommens folgend, ist die Konsumentennachfrage während der letzten Monate in immer rascherem Tempo gestiegen. Wenn auch das Angebot aus heimischer Produktion und Einfuhr auf den meisten Verbrauchsgütermärkten noch verhältnismäßig elastisch war, so hat sich hier doch eine Marktkonstellation herausgebildet, die zu Preiserhöhungen für die Mehrzahl der gewerblich erzeugten Verbrauchsgüter und der Dienstleistungen führte.

Wenn sich das gesamte Preisniveau bisher weniger erhöht hat, als vielfach befürchtet worden war, so hängt dies mit verschiedenen günstigen Umständen zusammen. So haben die reichlichen Ernten zu einem Rückgang der Preise für die Ernährungsgüter geführt. Dank der hohen Angebotsreagibilität auf den Weltmärkten sind die Preise der eingeführten Rohstoffe tendenziell zurückgegangen. Die Stahlpreise blieben trotz des Investitionsbooms stabil, die Energiepreise haben sogar eher nachgegeben.

Obwohl die Ausweitung der Gesamtnachfrage offensichtlich Züge konjunktureller Übersteigerung trägt, hat sich die Bundesregierung weder im Innern noch in der Außenwirtschaft zu konjunkturpolitischen Maßnahmen entschließen können.

Der restriktiven Politik der Bundesbank war unter diesen Umständen kein Erfolg beschieden, obwohl die öffentlichen Haushalte in beträchtlichem Umfang kontraktiv auf die Liquidität der Wirtschaft und der Banken wirkten. Zinsverteuerung und Liquiditätsentzug haben den Devisenzustrom über die anhaltend hohen Überschüsse in der Leistungsbilanz hinaus so stark vergrößert, daß die Wirkungen dieser Maßnahmen auf die innere monetäre Situation paralytisch wurden. Dies und die Devisenverluste, die sich für andere Länder daraus ergaben, haben die Bundesbank schließlich dazu veranlaßt, die Politik der Restriktion zu lockern.

#### Investitionstätigkeit weiterhin vom Angebot begrenzt

Die Investitionstätigkeit war auch im zweiten Halbjahr 1960 für die konjunkturelle Expansion

bestimmend. Das Tempo der Zunahme der Anlageinvestitionen hat jedoch nachgelassen, da der Investitionstätigkeit mehr und mehr von den realen Angebotsmöglichkeiten Grenzen gesetzt werden. Eine Beruhigung der Nachfrage ist dagegen noch nicht festzustellen. Diese Angebots-Nachfragekonstellation kennzeichnet sowohl den Baumarkt als auch den Markt für Ausrüstungsgüter.

Unter den Ursachen, die die Unternehmen zur Erneuerung und Erweiterung ihres Produktionsapparates veranlassen, tritt — bei relativ günstiger Einschätzung der künftigen Geschäftsentwicklung — noch stärker als bisher der Zwang in den Vordergrund, dem großen Mangel an Arbeitskräften zu begegnen. Besonders die Betriebe, die Preiserhöhungen nicht durchsetzen können, bemühen sich, der Verschlechterung ihrer Kosten-Erlös-Relation infolge von Lohnsteigerungen durch den Einsatz von arbeitsparenden Maschinen zu entgehen. Je mehr Unternehmer sich so verhalten, desto stärker steigen die Bestellungen bei den Produzenten von Investitionsgütern, wodurch sich der Arbeitskräftemangel zunächst gleichsam potenziert.

Tatsächlich steigen die Auftragseingänge aus dem Inland in den wichtigsten Investitionsgüterindustrien in kaum vermindertem Tempo an. Da das Ausland ebenfalls in sehr starkem Maße die deutschen Produktionskapazitäten in Anspruch nimmt, reicht das Angebot trotz der kräftig steigenden Einfuhren nach wie vor bei weitem nicht aus, alle Ansprüche ohne Verzögerung zu befriedigen. Die Auftragsbestände bei den Investitionsgüterindustrien haben daher bis in die jüngste Zeit hinein beträchtlich zugenommen. Die Aufträge konzentrieren sich dabei zunehmend in der Investitionsgüter erzeugenden Elektroindustrie und im Maschinenbau, und dort, wie es scheint, in erster Linie bei den Herstellern von Ausrüstungen für die Investitionsgüterindustrien selbst. Daneben treten vor allem die Nahrungsmittelindustrie und die Hütten- und Walzwerke als Auftraggeber hervor. Selbst der Bergbau entfaltet in jüngster Zeit eine verhältnismäßig starke Nachfrage nach Investitionsgütern.

Die Investitionsgüterindustrien bemühen sich zwar, ihre Lieferfähigkeit zu erweitern. Das ist ihnen bislang durch die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte in beachtlichem Grade gelungen. Es ist aber nicht damit zu rechnen, daß sie in Zukunft in gleichem Maße neue Arbeitskräfte gewinnen können wie im ablaufenden Jahr. Da die „Produktivität“ wahrscheinlich nicht stärker zunehmen wird, als dies in den letzten Vierteljahren der Fall war, wird der Ausstoß an Investitionsgütern im ersten Halbjahr 1961 wohl weniger stark erhöht werden können als bisher.

Die Diskrepanz zwischen der außerordentlich großen Nachfrage nach Investitionsgütern und den relativ begrenzten Angebotsmöglichkeiten bleibt somit bestehen. Daher werden die Preisauftriebstendenzen auf diesen Märkten, die Mitte des Jahres eingesetzt haben, anhalten.

Mehr noch als die Investitionsgüterindustrien wird die Bauwirtschaft durch den Mangel an Arbeitskräften getroffen: ihr Arbeitsvolumen ist seit dem Frühjahr geringer als im Vorjahr, da die Beschäftigtenzahl nicht gehalten werden konnte und die Arbeitszeit verkürzt wurde. Infolgedessen lag die Bauproduktion trotz erheblicher Produktivitätsverbesserungen nur noch wenig über dem

Vorjahrsniveau. Die Verminderung der Elastizität der Bauwirtschaft traf vor allem den Wohnungsbau, da die Bauunternehmer die größeren Bauprojekte der gewerblichen Auftraggeber bevorzugen.

Die Spannungen auf dem Baumarkt dürften sich im nächsten Halbjahr nicht abschwächen. Zwar wird die Intensivierung des Winterbaus nochmals zusätzliche Produktionsleistungen ermöglichen, doch wird die davon ausgehende Entlastung geringer sein als im letzten Winter.

Dem voraussichtlich mäßigen Wachstum des Angebots steht eine weiterhin drängende Nachfrage gegenüber. Die Ansprüche der gewerblichen Wirtschaft an die Bauwirtschaft steigen unvermindert stark. Die Nachfrage im Wohnungsbau hat bis in die jüngste Zeit stetig zugenommen, wenn auch nicht in der Stärke wie die Nachfrage nach gewerblichen Bauten. Von dem Verhalten der öffentlichen Hand ist in absehbarer Zeit ebenfalls keine Entlastung des Marktes für Hochbauleistungen zu erwarten. Seit den letzten Monaten verstärken sich auch die Ansprüche an den Tiefbau.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich die Bauleistungen im nächsten halben Jahr weiter verteuern werden, wenn auch vielleicht nicht mehr ganz so stark wie bisher.

#### Beschleunigtes Wachstum von Einkommen und Verbrauch

Im Gegensatz zu den Investitionen hat der private Verbrauch sein Wachstum im zweiten Halbjahr 1960 beträchtlich beschleunigt. Zum erstenmal seit eineinhalb Jahren nahm er damit in etwa dem gleichen Tempo zu wie das Sozialprodukt.

Die Beschleunigung im Wachstum des privaten Verbrauchs ist fast nur darauf zurückzuführen, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte schneller zunahm als bisher. Die Sparneigung ließ, wenn überhaupt, nur geringfügig nach.

Innerhalb der verfügbaren Einkommen sind die Nettoeinkommen aus Lohn und Gehalt sowie die übertragenen Einkommen rascher als bisher gestiegen. Bei den Einkommen aus Lohn und Gehalt war hierfür die außerordentlich starke Erhöhung der Lohn- und Gehaltssätze entscheidend; auf die Entwicklung der übertragenen Einkommen wirkte sich vor allem die Aufbesserung der Kriegsoferrenten aus. Die Gewinneinkommen, soweit sie den privaten Haushalten zufließen, haben etwa im bisherigen Tempo zugenommen.

Die unverteilten Gewinne erhöhten sich dagegen nur noch wenig, so daß der Anteil der Gewinneinkommen am Gesamteinkommen — der im Zuge der konjunkturellen Belebung zunächst außerordentlich stark gestiegen war — wieder zurückgegangen ist.

In den kommenden Monaten wird sich das bisherige Wachstum der verfügbaren Einkommen voraussichtlich fortsetzen. Unter dem zunehmenden Druck des Arbeitskräftemangels werden die effektiven Lohn- und Gehaltssätze, wie schon in letzter Zeit, stärker steigen als die tariflichen. Die Zahl der Beschäftigten wird dagegen noch weiter verlangsamt zunehmen; die nachwachsenden Jahrgänge reichen wahrscheinlich nicht mehr aus, die Abgänge aus den älteren Jahrgängen zu ersetzen. Insgesamt dürfte das Bruttoeinkommen aus un-

selbständiger Arbeit in etwa dem gleichen Tempo zunehmen wie im zweiten Halbjahr 1960. Da jedoch immer mehr Arbeitnehmer mit ihrem Einkommen in die Besteuerung oder stärker in die Progression hineinwachsen, werden die Nettolöhne und -gehälter eher verlangsamt steigen. Umgekehrt dürften die öffentlichen Einkommensübertragungen verstärkt zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens beitragen, da die Sozialversicherungsrenten, die öffentlichen Versorgungsbezüge und auch die Leistungen aus der Unfallversicherung aufgebessert werden.

Selbst wenn die Spartätigkeit der privaten Haushalte künftig ebenso rasch wie die Einkommen steigen sollte — mit einer rascheren Zunahme ist nicht zu rechnen —, wird die Nachfrage der Konsumenten so stark wachsen, daß sie nicht ohne Preiserhöhungen gedeckt werden kann.

Preiserhöhungen sind in erster Linie bei Dienstleistungen und gewerblich erzeugten Verbrauchsgütern zu erwarten. Schon seit einiger Zeit steigen die Preise der gewerblich erzeugten Verbrauchsgüter bei den Erzeugern und im Handel, obwohl das Angebot durch kräftig wachsende Importe erweitert wurde. Mit einer Erhöhung des Angebots von den Lagern her ist nicht zu rechnen. Das verstärkte Wachstum der Konsumentennachfrage dürfte mehr als bisher zu den Produzenten durchdringen.

Die Preiserhöhungen werden sich jedoch im Preisniveau des privaten Verbrauchs vorerst nicht voll auswirken, da die Preise der Ernährungsgüter auf Grund des reichlichen Angebots vermutlich kaum steigen werden. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die Veränderungen des Preisniveaus des privaten Verbrauchs im Preisindex für die Lebenshaltung nur unvollkommen zum Ausdruck kommen. Dieser Index legt nach wie vor die Lebensgewohnheiten des Jahres 1950 zugrunde, in dem fast die Hälfte der Ausgaben auf Ernährungsgüter entfiel. Inzwischen ist dieser Anteil beträchtlich zurückgegangen, so daß Steigerungen ebenso wie Rückgänge der Preise für Nahrungsmittel im Preisindex für die Lebenshaltung stärker in Erscheinung treten als es der Wirklichkeit entspricht. In der gegenwärtigen Situation bedeutet dies, daß die privaten Haushalte durch die Preiserhöhungen im Bereich der gewerblich erzeugten Güter und der Dienstleistungen stärker belastet werden als es der amtliche Index ausweist. Umgekehrt hatte die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise im Herbst 1959 die Lebenshaltung nicht so stark verteuert wie es der Index anzeigte.

#### Keine wesentliche Änderung der außenwirtschaftlichen Überschüsse

Der Aktivsaldo der Handelsbilanz ist auch in der zweiten Jahreshälfte etwas zurückgegangen. Demgegenüber ist der Überschuß der Dienstleistungsbilanz weiter gestiegen. Die Hoffnungen auf eine Verminderung des Überschusses der Leistungsbilanz haben sich somit nicht erfüllt.

Die Verringerung des Ausfuhrüberschusses im Warenverkehr kam dadurch zustande, daß sich das Wachstum der Ausfuhr stärker verlangsamt hat als das der Einfuhr. Obwohl die Wirtschaft über sehr hohe — ja sogar noch steigende — Bestände an Aufträgen aus dem Ausland verfügt, ist der Export konjunkturell kaum mehr gestiegen. Die Abschwächung des Einfuhrwachstums ist darauf zurückzuführen, daß seit Mitte des Jahres die

Einfuhr von Ernährungsgütern deutlich erkennbar zurückgegangen ist und die Halbwareneinfuhr sowie die Rohstoffeinfuhr stagniert hat. Die kommerzielle Einfuhr von Fertigwaren ist dagegen in unvermindertem Tempo angestiegen; dies gilt sowohl für die Investitionsgüter wie für die Verbrauchsgüter. Wenn sich das Wachstum der gesamten Fertigwareneinfuhr seit dem Sommer verlangsamt hat, so hängt dies allein damit zusammen, daß die Einfuhren der Bundesregierung (Rüstungsgüter) gegenüber dem sehr hohen Niveau des zweiten Quartals stark gesunken sind.

Diese Entwicklung hat den Kräften des Preisauftriebs auf dem Binnenmarkt ohne Zweifel entgegengewirkt.

Der erhöhte Überschuß der Dienstleistungsbilanz ergab sich daraus, daß der bisherige Ausgabenschuß im Transithandel in einen Einnahmensüberschuß übergegangen ist, der Passivsaldo bei den Kapitalerträgen abgenommen hat und die Ausgaben der im Bundesgebiet stationierten NATO-Truppen gestiegen sind. Die Bilanz des Reiseverkehrs schloß dagegen mit einem erhöhten Passivsaldo ab.

Die außenwirtschaftliche Gesamtsituation wird sich in den kommenden Monaten wohl nicht nennenswert ändern. Zwar wird die konjunkturelle Entwicklung die Einfuhr von gewerblichen Erzeugnissen — vor allem von Fertigwaren — weiterhin begünstigen; dagegen wird infolge des reichlichen Inlandsangebotes die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zurückgehen. Das sich so ergebende Wachstum der Gesamteinfuhr wird voraussichtlich stärker sein als das Wachstum, das für den Export erwartet werden kann. Der Überschuß der Handelsbilanz wird wahrscheinlich weiter sinken. Dies wird aber voraussichtlich durch eine weitere Erhöhung des Dienstleistungsbilanzüberschusses annähernd ausgeglichen. Eine nennenswerte Verringerung des Gesamtüberschusses der Leistungsbilanz würde sich dann ergeben, wenn die Einnahmen von den im Bundesgebiet stationierten Truppen durch die Sparmaßnahmen der amerikanischen Regierung stark zurückgingen.

#### Konjunkturbedingte Überschüsse der öffentlichen Haushalte

Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte ist weiterhin durch hohe Kassenüberschüsse gekennzeichnet, da die Einnahmen weit rascher steigen als die Ausgaben.

Die beschleunigte Zunahme der Einnahmen ist vor allem auf das Aufkommen der Einkommensteuern zurückzuführen. Hier ergaben sich, am ausgeprägtesten bei der Lohnsteuer, ungewöhnlich hohe Zuwachsraten. Bei den übrigen Steuern hielt — mit Unterschieden im einzelnen — das bisherige Entwicklungstempo an, so daß die Steuereinnahmen insgesamt erheblich stärker zunahm als das Sozialprodukt. Die Sozialversicherungsbeiträge, die im großen und ganzen proportional zu den Arbeitnehmerinkommen und damit jetzt beschleunigt wachsen, trugen ebenfalls zur günstigen Gestaltung der öffentlichen Einnahmen bei.

Auch die Ausgaben der öffentlichen Haushalte sind im Jahre 1960 relativ stark gestiegen. Eine Ausnahme bilden lediglich die Sozialversicherungen: die Rentenzahlungen wuchsen nur wenig, die Arbeitslosenunterstützungen gingen zurück. Läßt man die Entwicklung bei den Sozialversicherungen

außer Betracht — sie ist bei einer Würdigung des konjunkturpolitischen Verhaltens der öffentlichen Hand von untergeordneter Bedeutung —, so zeigt sich, daß die öffentlichen Haushalte mit ihrem Ausgabeverhalten keineswegs den konjunkturpolitischen Anforderungen entsprochen haben: sowohl der öffentliche Verbrauch als auch die öffentlichen Investitionen sind in den letzten Monaten rasch gestiegen, rascher als das Sozialprodukt.

Trotzdem ergaben sich hohe Überschüsse der öffentlichen Hand. In welchem Maße durch sie die Liquidität der Wirtschaft berührt wurde, läßt sich für die letzten Monate nicht mit der gewünschten Genauigkeit schätzen. Man wird jedoch vermuten können, daß sich der Liquiditätsentzug durch die öffentlichen Haushalte im zweiten Halbjahr 1960 abgeschwächt hat, und zwar vornehmlich wegen des — sicher nur vorübergehenden — Rückgangs der inlandswirksamen Kassenüberschüsse des Bundes.

Es ist durchaus möglich, daß im Jahre 1961 die Liquidität der Wirtschaft durch die öffentlichen Haushalte kaum weniger stark belastet wird als im ablaufenden Jahr, da mit anhaltend hohen Auslandsausgaben zu rechnen ist (Entwicklungshilfe, Finanzierung von Rüstungseinfuhren) und die Sozialversicherungen stärker als bisher liquiditätsabschöpfend wirken werden.

#### Umkehr der Kreditpolitik

Obwohl die Binnenkonjunktur nach wie vor angespannt ist, hat die Bundesbank Anfang November den Diskont von 5 auf 4 % ermäßigt und Anfang Dezember die Mindestreserve-Anforderungen an die Kreditinstitute etwas gelockert. Diese konjunkturpolitisch ungewöhnliche Umkehr der Kreditpolitik der Notenbank war außenwirtschaftlich bedingt. Auf Grund des immer stärker werdenden Zinsgefälles gegenüber dem Ausland hatten — bei nahezu unveränderten Leistungsbilanzüberschüssen — die Devisenzuflüsse in die Bundesrepublik außerordentlich stark zugenommen.

Die Diskontsenkung war auch insofern vertretbar, als die Verteuerung des inländischen Bankkredits zunehmend dadurch an konjunkturpolitischer Wirksamkeit verlor, daß sich die Wirtschaft in hohem und wachsendem Umfang zu günstigeren Bedingungen im Ausland verschuldete.

Infolgedessen erhöhte sich der Devisenverkauf der Wirtschaft an die Banken und damit der Liquiditätszufluß zu den Kreditinstituten sehr stark. Er übertraf zusammen mit den zuletzt allerdings nur geringfügigen Geldimporten der Banken den beträchtlichen Liquiditätsentzug durch die öffentliche Hand und durch den zusätzlichen Bargeldbedarf der Wirtschaft. Wenn sich trotzdem die Liquiditätsreserven der Banken in den Monaten vor der Diskontsenkung weiterhin verringerten, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die Notenbank in Fortsetzung ihrer liquiditätsverknappenden Politik die Kreditinstitute veranlaßt hatte, Mobilisierungspapiere mit zweijähriger Sperrfrist („Blessing-Millarde“) zu übernehmen.

Durch die Diskontsenkung ist der Devisenzustrom sicherlich etwas gebremst worden. Da der Geldmarkt seit der Diskontsenkung aus saisonalen Gründen angespannt blieb, konnte sich noch nicht zeigen, ob die bisherige Annäherung der inländischen an die ausländischen Zinssätze schon aus-

reichen wird, nennenswerte Geldabflüsse auszulösen.

Die Erwartungen hinsichtlich der westdeutschen Diskontpolitik haben dazu beigetragen, daß sich im Verlauf des zweiten Halbjahres auch im Bereich des Kapitalmarktes ein gewisser Wandel angebahnt hat. Der Wertpapierzins hat sich nicht weiter erhöht, sondern sogar etwas ermäßigt. Im dritten Vierteljahr ist der Absatz von Bankschuldverschreibungen wieder stärker geworden, gleichzeitig haben die Hypothekenzusagen für den Wohnungsbau wieder leicht beschleunigt zugenommen. Die Entwicklung des Kapitalmarktes wird weitgehend von der Zinsentwicklung im Ausland abhängen. Sollte das ausländische Zinsniveau weiter zurückgehen, so wird die Bundesbank nicht umhin können, den Diskont erneut zu senken.

Wegen der zu erwartenden weiteren Einengung der Bankenliquidität insbesondere durch die öffentliche Hand kann ein niedrigerer Diskontsatz nur dann zu einer entsprechenden Zinssenkung auf den Kreditmärkten führen und damit den erwünschten zahlungsbilanzpolitischen Effekt erzielen, wenn gleichzeitig auch die Mindestreserveanforderungen an die Kreditinstitute verringert werden. Allerdings würden kreditpolitische Erleichterungen größeren Ausmaßes zur Folge haben, daß die Verschuldungsbereitschaft der kreditmarktabhängigen Investoren gefördert wird.

#### Ausblick

Die konjunkturelle Situation wird aller Voraussicht nach auch in der ersten Hälfte des Jahres 1961 durch erhebliche Spannungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage gekennzeichnet sein. Der Preisauftrieb wird anhalten und sich eher noch verstärken.

Zwar wird sich das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktivität kaum verringern, nicht zuletzt wegen der günstigen Wirkungen, die von den produktionsreif werdenden Investitionen ausgehen. Auch der stark aufwärts gerichtete Trend der Fertigwarenimporte wird bestehen bleiben. Trotzdem wird die bisherige Zunahme des Gesamtangebots an Gütern und Dienstleistungen wohl nicht aufrecht erhalten werden können, weil sich die Voraussetzungen für die Steigerung der Beschäftigtenzahl erheblich verschlechtert haben.

Die mancherorts vertretene Ansicht, die „Konjunktur“ werde sich mit der Verlangsamung des Wachstums der Produktion von selbst beruhigen, ist durch nichts gerechtfertigt. Die konjunkturellen Spannungen würden nur nachlassen, wenn sich die Nachfrageexpansion erheblich verringerte. Daß eine Angebotsausweitung der Nachfrage drosselung vorzuziehen wäre, ist selbstverständlich. Die Problematik der gegenwärtigen konjunkturellen Situation besteht jedoch gerade darin, daß die Elastizität des Angebots tendenziell nachläßt.

Die immer stärker werdende Verknappung am Arbeitsmarkt treibt die tatsächlichen Lohn- und

Gehaltserhöhungen zunehmend über das durch Tarifverhandlungen Erreichbare hinaus. Die Bemühungen der Unternehmungen, diesen Konsequenzen durch Forcierung der Rationalisierungsinvestitionen zu begegnen, werden der Investitionskonjunktur weiterhin Auftrieb geben. Eine Entlastung der Investitionsgütermärkte durch eine Abschwächung der Auslandsnachfrage ist noch nicht erkennbar. Die Nachfrage nach Bauten wird die Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft weiterhin überfordern, da selbst in diesem Bereich ein konjunkturgerechtes Verhalten der öffentlichen Hand nicht zu erwarten ist. Sollten die Zinssätze zurückgehen, weil die Notenbank aus zahlungsbilanzpolitischen Gründen den Diskont weiter senken und liquiditätsanreichernde Maßnahmen ergreifen müßte, so würde sich die Bau- neigung nach einiger Zeit sogar verstärken.

Bei der zu erwartenden Nachfragesteigerung werden sich auch auf den Märkten industriell erzeugter Konsumgüter die Tendenzen des Preisanstiegs verstärken, es sei denn, die Verbrauchsgüterimporte nähmen noch weit stärker zu als bisher.

Im Preisniveau des privaten Verbrauchs wird dies bis gegen die Mitte des kommenden Jahres nicht in vollem Umfang in Erscheinung treten, da sich die Ernährung bis dahin wohl nur wenig verteuern dürfte. Die Wirtschaftspolitik kann nicht damit rechnen, daß ihr im nächsten Jahr wieder anomal große Ernten zu Hilfe kommen. Sie sollte daher alle Chancen wahrnehmen, das Angebot durch eine Verstärkung der Einfuhr zu erweitern.

Nachdem Bundesregierung und Bundesbank eine Änderung des Wechselkurses abgelehnt haben, stand zuletzt nur noch die Beseitigung der Umsatzausgleichsteuer zur Diskussion. Diese Maßnahme würde zwar die Einfuhr verstärken und dem Preisauftrieb im Innern entgegenwirken. Insofern wäre sie zweifellos zu begrüßen. Sie kann jedoch nicht aus dem wirtschaftspolitischen Dilemma herausführen, in das die Bundesrepublik durch das strukturelle Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz geraten ist.

Der Vorschlag zur Beseitigung der Umsatz- ausgleichsteuer ist neuerdings durch Pläne zur Steigerung des „Kapitalexports“ in der Form der Entwicklungshilfe in den Hintergrund gedrängt worden. Auch dies kann bei der vorgesehenen Art der Aufbringung nur ein Behelf im Kampf um das außenwirtschaftliche Gleichgewicht und um die Geldwertstabilität sein. Bei der gegenwärtigen konjunkturellen und monetären Situation wird dadurch die Ausgabeneigung der Wirtschaft nur wenig beeinträchtigt werden.

Es bleibt somit als letzte, höchst unerwünschte Alternative, daß sich das Problem der Zahlungsbilanzüberschüsse durch allgemeine Preissteigerungen im Innern von selbst löst. Es hat den Anschein, daß die Entwicklung diesen gefährlichen Weg bereits eingeschlagen hat.

*Der nächste Wochenbericht erscheint am 6. Januar 1961*

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170.  
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.  
 Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniensstr. 2.  
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.  
 Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.



Gegenstand	Einheit †)	1958	1959	1959						1960						
				April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
<b>Bevölkerung<sup>1)</sup></b>																
Geburtenüberschuß, absolut	Anzahl	S	50292	61988	4171	5939	6106	6784	6951	8960	4108	6091	5980	6786	8036	9744
je 1000 d. Bevölkerung	Jahresbasis	S	2,9	3,6	2,9	4,0	4,3	4,6	4,8	6,3	2,9	4,1	4,2	4,6	5,5	6,8
<b>Flüchtlingsbewegung<sup>2)</sup></b>																
Geprüfte Notaufnahmeanträge in West-Berlin	Anzahl	S	100483	67476	7968	5932	4562	5343	6552	6616	6733	8311	7673	6288	7282	6957
„ Uelzen	„	„	76027	50020	4344	3707	4121	4090	4385	4724	3839	5875	4528	4849	5215	5728
„ Gießen	„	„	48371	30151	3200	2421	2381	2401	2762	2629	3269	4967	4306	4459	5677	4736
Aufgenomm. Flüchtlinge, insges. dar. in West-Berlin	„	„	215056	137437	14735	19369	10258	10894	12590	12926	13380	18849	16190	15254	17819	17129
Aus West-Berlin ausgeflogen dar. Jugendliche <sup>3)</sup>	„	„	93999	60514	7397	5415	4031	4796	5832	5936	6469	8154	7503	6128	7153	6836
	„	„	88620	66212	7825	5656	5200	5291	6213	7231	6661	8893	8002	6863	7657	7863
	„	„	15833	16309	1530	1337	1309	1505	1674	2105	1547	1827	1934	1789	2174	2545
<b>Industrie<sup>1) 4)</sup></b>																
Bruttoproduktion (o. Bauleistg.) <sup>5)</sup> dar. halbstaatl. Betriebe	Mill. DM-Ost	S	58474	65676	5517	4944	5865	5471	5391	6095	5605	5882	6058	5789	5955	6171
„ private Betriebe	„	„	3,2	6,0	„	„	„	„	„	„	6,9	7,1	7,1	7,2	7,4	
Produkt. ausgewähl. Erzeugnisse	„	„	7,8	4,9	6,1	5,7	5,5	5,2	5,3	5,3	4,2	4,1	4,0	4,0	3,9	
Elektroenergie	Mill. kWh	„	34874	37248	2965	2862	2914	2980	3032	3098	3141	3195	3108	3203	3296	3320
Rohbraunkohle	Mill. t	„	215,0	214,8	18,2	17,8	17,8	17,3	17,5	17,4	18,4	18,5	18,7	18,8	19,2	19,0
Braunkohlenbriketts	1000 t	S	54008	54051	4576	4534	4530	4493	4495	4411	4614	4675	4741	4760	4897	4780
Roheisen	„	„	1774,9	1898,4	159,8	156,8	160,3	151,2	157,3	171,8	156,1	163,8	169,2	158,8	171,6	163,0
Rohstahl in Blöcken	„	„	3043,0	3207,4	264,3	270,6	261,3	261,3	267,7	276,8	282,4	282,4	262,4	271,0	273,3	277,7
Walzstahl, warmgewalzt	„	„	2264,8	2487,5	206,3	183,9	218,2	196,3	201,9	222,6	170,5	186,5	193,9	178,3	181,0	192,1
Schwefelsäure	1000 t SO <sub>3</sub>	„	530,9	562,4	45,0	48,2	45,4	47,8	46,6	45,3	48,9	49,8	46,0	48,2	53,6	51,5
Kalziumcarbid	1000 t	„	830,7	887,5	69,4	74,4	76,5	75,2	75,4	76,6	76,7	79,6	80,2	80,6	79,2	77,2
Stickstoffdünger	1000 t N	„	320,0	329,1	27,6	28,3	27,4	25,5	27,3	25,6	27,3	27,7	26,9	27,3	26,7	27,2
Phosphordünger	1000 t P <sub>2</sub> O <sub>5</sub>	„	136,3	138,8	14,0	14,2	13,7	13,7	12,2	9,5	15,2	15,5	14,7	10,8	12,8	12,1
Synthetischer Kautschuk	t	„	83839	85202	6949	6978	7182	6908	7469	7349	7228	7435	7155	7315	7192	7358
Zement	1000 t	„	3558	4205,0	299,5	341,4	347,2	348,6	382,0	408,9	423,4	398,8	404,0	430,6	439,1	430,8
Kühlschränke	Stück	„	53398	86581	6911	5157	7695	7931	7351	8243	10405	11389	12831	12801	12056	14540
Fernsempfänger	„	„	180038	289736	21434	20-50	26153	21749	20982	31019	35595	38794	35694	35433	39648	36711
Baumwollgewebe	Mill. qm	„	217,1	240,6	21,4	17,2	21,7	19,5	15,7	22,6	19,5	21,0	22,0	19,9	21,0	22,8
Zellstoff aller Sorten	1000 t atro	„	325,0	337,0	29,0	25,8	27,1	29,4	28,9	27,0	28,7	29,5	26,0	28,7	30,1	27,2
Papier aller Sorten	1000 t	„	487,3	515,0	45,2	36,8	44,2	42,9	43,4	44,9	42,6	44,9	42,7	44,9	45,4	47,1
Karton und Pappe	„	„	246,2	259,2	23,0	18,6	23,1	23,5	21,6	22,9	21,7	21,8	21,8	22,4	22,9	22,1
Margarine	„	„	181,4	173,8	14,2	14,6	12,9	12,9	13,0	17,0	16,4	14,3	15,3	14,8	15,9	17,1
<b>Bau (ohne Bauhandwerk<sup>1)</sup>)</b>																
Bauarbeiter <sup>7)</sup>	1000	D	214,5	233,3	233,1	232,6	232,5	234,6	235,5	235,7	231,9	231,6	229,7	229,5	228,8	231,4
<b>Landwirtschaft<sup>1)</sup></b>																
Landwirtsch. Produktionsg. (LPG) Mitglieder	Anzahl	E	9637	10132	„	„	9531	„	„	9771	19323	19345	„	„	19354	„
Landwirtschaftliche Nutzfläche	1000 ha	„	352938	435365	„	„	394535	„	„	419842	894654	945020	„	„	954246	„
Anteil a. d. ges. landw. Nutzfl. <sup>8)</sup>	vH	„	2386,0	2794,3	„	„	2575,9	„	„	2692,6	5382,0	5384,4	„	„	5416,7	„
	„	„	36,9	45,1	„	„	39,9	„	„	41,8	83,5	83,7	„	„	84,2	„
<b>Verkehr<sup>1)</sup></b>																
Gütertransportmenge, insges. dar. Anteil Reichsbahn	Mill. t vH	S	469,2	500,4	42,6	40,1	43,7	43,4	43,2	44,6	42,4	44,1	44,2	45,0	45,6	45,7
„ Kraftwagen	„	„	48,3	51,3	50,7	50,7	52,8	53,0	52,5	53,8	50,5	51,2	53,6	53,3	52,6	53,8
Gütertransportleistung, insges. davon Anteil Reichsbahn <sup>9)</sup>	Mill. tkm vH	S	40384	47743	3993	3818	4014	4247	4118	4311	4294	4265	4267	4136	4313	4379
„ Binnenschifffahrt <sup>10)</sup>	„	„	74,5	66,4	70,7	65,6	63,2	63,5	64,2	62,2	62,7	65,2	63,5	65,5	65,5	63,4
„ Seeschifffahrt	„	„	6,0	5,0	6,2	5,4	5,4	5,0	5,9	4,7	5,4	5,5	5,3	5,1	5,1	4,7
„ Kraftwagen	„	„	9,2	19,0	14,3	19,7	21,1	21,7	19,7	23,0	22,9	19,6	21,1	18,6	18,9	21,4
	„	„	10,3	9,6	8,8	9,3	10,3	9,8	10,2	10,1	9,0	9,7	10,1	10,8	10,5	10,5
<b>Einzelhandel<sup>1)</sup></b>																
Einzelhandelsumsatz, insges. dav. Nahrungs- u. Genussmittel	Mill. DM-Ost vH	S	38169	42053	3243	3343	3327	3531	3502	3534	3665	3661	3608	3794	3702	3740
„ Industriewaren	„	„	56,9	56,9	51,5	54,6	53,4	60,4	60,0	56,7	56,6	55,6	56,8	57,9	57,7	55,4
„ Umsatzanteil HO <sup>11)</sup>	„	„	43,1	43,1	48,5	45,4	46,6	39,6	40,0	43,3	43,4	44,4	43,2	42,1	42,3	44,6
„ Konsum	„	„	42,3	43,6	43,0	43,1	43,4	43,8	44,0	44,2	43,6	42,4	43,0	43,5	43,4	43,2
„ Priv. Einzelhandel	„	„	30,7	31,7	31,2	30,9	31,0	31,9	31,7	31,7	32,3	32,3	32,3	33,4	33,3	33,0
	„	„	27,0	24,7	25,8	26,0	25,6	24,3	24,3	24,3	24,1	25,3	24,7	23,1	23,3	23,8
<b>Interzonenhandel<sup>12)</sup></b>																
Bezüge aus dem Währungsgebiet der DM-West	1000 VE <sup>12)</sup>	S	800360	1078564	100168	85486	63498	78616	82794	81326	81141	74358	85067	87180	68989	74402
a) aus Westdeutschland	„	„	732003	1007718	86000	79286	57117	73377	77356	75442	75907	68446	79429	79474	62244	68577
dar. Nahrungsmittel <sup>13)</sup>	„	„	58648	64988	2503	3994	5157	8206	8001	2073	3491	2200	2953	3640	4140	2793
„ Maschinen	„	„	90346	109877	13498	8445	10288	8640	6590	6970	11497	14000	8933	9175	10026	10540
„ Eisen und Stahl	„	„	148452	221080	22118	12396	7205	18429	13808	18864	17929	13836	12439	20708	12905	12145
„ Chemische Erzeugnisse	„	„	93016	125446	11415	7586	9998	10115	12114	13391	11447	11712	11118	12003	8978	7445
b) aus West-Berlin	„	„	68357	70846	14168	6200	6321	5239	5438	5884	5234	5912	5638	7706	6745	5825
dar. Elektrotechn. Erzeugnisse	„	„	18329	20590	714	1771	2296	1267	1480	1822	1192	1579	2151	2184	1312	1610
Lieferungen in das Währungsgebiet der DM-West	„	„	858154	891760	85151	51348	60642	63851	54785	92166	77235	92354	83288	76199	78606	75558
a) nach Westdeutschland	„	„	660077	711031	71697	40624	47504	47134	40442	75877	61241	77889	67936	61168	63021	62052
dar. Benzin, Öl, Teer usw.	„	„	127381	181838	12162	13340	11452	12813	9084	14186	14219	18647	18569	11274	13427	11421
„ Maschinen	„	„	47967	55539	3270	3683	4571	4776	4732	4417	5258	5334	5379	5350	4911	6299
„ Textilien	„	„	74401	75543	5662	5499	6491	7817	5332	6220	6266	6124	6645	6837	5676	7956
b) nach West-Berlin	„	„	19807													

Gegenstand	Einheit <sup>†)</sup>		1959						1960								
			Jul	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Jul	Aug.	Sept.
<b>UdSSR</b>																	
Kohle, gesamt <sup>1) 2)</sup>	Mill. t	VS	.	.	128	.	.	127	.	.	129	.	.	128	.	.	130
Koks	"	"	.	.	13,4	.	.	13,7	.	.	13,8	.	.	13,9	.	.	13,9
Erdöl	"	"	.	.	33,6	.	.	34,2	.	.	34,5	.	.	36,2	.	.	38,3
Stromerzeugung, gesamt	Mrd. kWh	"	.	.	40,0	.	.	98,0	.	.	65,9	.	.	76,1	.	.	45,0
Eisenerz	Mill. t	"	.	.	24,2	.	.	23,9	.	.	25,2	.	.	26,5	.	.	27,6
Roheisen	"	"	.	.	10,8	.	.	11,2	.	.	11,4	.	.	11,5	.	.	11,8
Rohtahl	"	"	.	.	15,1	.	.	15,5	.	.	16,1	.	.	15,9	.	.	16,4
Walzwerkserzeugnisse	"	"	.	.	11,6	.	.	12,3	.	.	12,7	.	.	12,5	.	.	12,5
Kraftfahrzeuge <sup>3)</sup>	1 000 St.	"	.	.	126	.	.	128	.	.	127	.	.	130	.	.	132
Traktoren <sup>4)</sup>	"	"	.	.	55	.	.	55	.	.	59	.	.	60	.	.	60
Zement	Mill. t	"	.	.	10,9	.	.	10,2	.	.	10,5	.	.	11,2	.	.	11,6
Schwefelsäure	"	"	.	.	1,2	.	.	1,4	.	.	1,4	.	.	1,3	.	.	1,3
Mineraldünger, ges. (Reingehalt)	"	"	.	.	3,2	.	.	3,4	.	.	3,4	.	.	3,4	.	.	3,3
Baumwollgewebe	Mrd. qm	"	.	.	1,2	.	.	1,2	.	.	1,2	.	.	1,2	.	.	1,3
Papier, ges.	Mill. t	"	.	.	0,6	.	.	0,6	.	.	0,6	.	.	0,6	.	.	0,6
<b>Bulgarien</b>																	
Kohle, gesamt <sup>1) 5)</sup>	1 000 t	VS	.	.	3828	.	.	4114	.	.	4164	.	.	4183	.	.	4221
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	S	322	342	341	364	355	385	360	344	365	354	357	362	.	.	1207
Kupfererzkonzentrat 20% <sup>6)</sup>	1 000 t	"	4,7	4,4	4,7	4,9	3,9	5,1	4,6	4,7	5,7	6,3	5,7	5,9	.	.	19,1
Bleierzkonzentrat 70% <sup>6)</sup>	"	"	9,6	9,4	9,1	9,6	9,2	12,2	8,1	9,0	10,0	10,4	8,9	10,0	.	.	29,7
Rohtahl	"	"	19,1	19,7	18,6	21,5	19,1	18,8	15,7	21,3	19,5	20,4	21,8	21,0	.	.	63,4
Stickstoffdüngemittel	"	"	16,0	12,7	17,9	18,3	20,3	20,6	21,9	19,5	20,6	21,4	21,4	20,0	.	.	58,3
<b>Polen</b>																	
Bruttoproduktion d. soz. Ind.	1955 = 100		132,1	134,6	146,4	160,6	162,7	151,8	137,6	144,5	162,4	147,8	155,0	152,3	145,1	154,3	162,3
Steinkohle	1 000 t	S	8218	7880	8273	8931	8575	8078	8311	8639	9425	8377	8628	8264	8281	8594	8725
Koks	"	"	979	973	948	977	952	989	997	935	1003	966	993	961	991	1007	991
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	1972	2057	2160	2395	2449	2527	2495	2402	2490	2229	2255	2188	2185	2292	2408
Roheisen <sup>7)</sup>	1 000 t	"	362	371	347	372	371	381	399	369	372	361	383	359	382	397	394
Rohtahl	"	"	499	503	508	549	521	533	544	504	562	551	562	538	556	573	558
Walzwerkserzeugnisse	"	"	316	340	332	355	333	356	348	359	384	358	383	359	332	375	373
Zink	"	"	13,7	13,7	14,2	14,5	14,3	14,4	14,4	13,9	14,9	14,3	15,0	14,6	14,7	14,4	14,2
Stickstoffdünger, (Reingehalt)	"	"	18,6	20,6	20,9	20,7	21,9	22,5	22,2	21,3	23,3	22,7	22,4	19,8	21,0	22,6	22,5
Baumwollstoffe	Mill. m	"	48,6	54,1	57,4	58,7	56,5	57,6	54,3	53,6	59,1	54,0	57,9	55,9	50,5	54,1	60,4
Beschäftigte in soz. Industrie	1 000	"	2965	2970	2987	3017	3001	2941	2889	2878	2887	2900	2914	2933	2959	2971	.
Einzelhandelsumsatz <sup>8)</sup>	Mrd. Zloty	"	16,0	16,2	16,9	18,6	16,6	19,8	13,0	14,3	16,9	17,8	16,8	16,6	16,8	16,8	17,3
Einfuhr, gesamt	Mill. Zloty	VS/S	.	.	1384	.	.	1664	.	.	1393	.	.	1571	448,0	444,6	556,5
Ausfuhr, gesamt	"	"	.	.	1016	.	.	1425	.	.	1103	.	.	1236	357,3	395,3	490,7
Einfuhr aus den Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	"	.	.	861	.	.	1066	.	.	864	.	.	973	249,7	245,2	361,9
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	"	.	.	613	.	.	817	.	.	631	.	.	742	195,5	208,5	317,7
<b>Tschechoslowakei</b>																	
Bruttoprod. d. gesamten Industrie	1955 = 100		139,0	128,6	158,6	163,7	168,5	164,4	148,9	152,7	171,2	158,5	164,3	171,4	148,3	149,6	.
Steinkohle	1 000 t	S	2235	2152	2242	2312	2314	2247	2306	2310	2489	2236	2231	2294	2233	2253	.
Braunkohle <sup>10)</sup>	"	"	4266	4215	4086	4370	4391	4252	4475	4359	4791	4449	4487	4393	4533	4708	.
Koks, gesamt	"	"	652	653	639	687	688	688	709	677	729	701	724	684	697	686	.
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	1683	1675	1860	1981	2074	2078	2102	2004	2088	1914	1877	1858	1828	1922	.
Eisenerz, roh	1 000 t	"	233	247	236	260	251	248	253	259	287	256	250	268	229	266	.
Roheisen	"	"	364	361	364	361	360	375	370	346	412	395	389	380	400	400	.
Rohtahl	"	"	495	499	519	536	524	548	514	524	598	566	574	556	560	561	.
Walzwerkserzeugnisse <sup>11)</sup>	"	"	322	324	351	366	366	350	349	360	399	366	375	367	327	376	.
Personenraftwagen	Stück	"	4805	2342	4770	4746	4614	4380	4598	4654	5073	4701	4591	4998	3856	3967	.
Chemische Düngemittel <sup>12)</sup>	1 000 t	"	22,5	17,1	20,8	24,3	22,7	22,9	24,7	24,3	26,6	23,1	21,0	23,7	24,7	24,4	.
Baumwollgewebe	Mill. m	"	29,8	28,9	41,9	37,9	38,3	36,5	36,6	38,1	43,0	38,0	39,2	40,8	26,1	36,8	.
Beschäftigte in der Industrie <sup>13)</sup>	1 000	D	2227	2227	2227	2266	2290	2269	2250	2253	2251	2255	2261	2277	2321	2325	.
Einfuhr, gesamt	Mill. Kcs	S	87,6	89,0	104,6	111,8	100,7	165,7	73,0	89,1	129,3	94,4	101,1	121,3	83,9	97,6	.
Ausfuhr, gesamt	"	"	93,1	89,1	118,7	115,3	114,8	156,0	77,7	101,2	134,1	108,2	120,8	141,3	106,7	98,2	.
Einfuhr aus den Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	VS	.	.	204,3	.	.	259,1	.	.	196,2	.	.	217,8	.	.	.
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	"	.	.	213,6	.	.	250,7	.	.	216,7	.	.	256,6	.	.	.
<b>Rumänien</b>																	
Kohle, gesamt <sup>1) 14)</sup>	1 000 t	S	712	618	653	684	654	690	640	670	737	678	653	688	.	.	.
Erdöl	"	"	980	971	949	982	946	965	955	894	978	944	969	934	.	.	.
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	520	542	562	615	630	675	645	616	650	595	591	587	.	.	.
Eisenerzförderung	1 000 t	"	35,6	30,3	39,5	36,8	36,0	36,6	38,0	100,5	119,8	122,6	120,6	123,5	.	.	.
Rohtahl	"	"	121,8	127,1	117,9	128,9	131,4	140,2	142,7	140,8	152,3	144,9	150,0	148,9	.	.	.
Beschäftigte in soz. Industrie	1 000	VD	.	1193,6	.	.	1226,6	.	.	1226,8	.	.	1237,5	.	.	.	.
<b>Ungarn</b>																	
Bruttoprod. der staatl. Industrie	1949 = 100		306	303	347	352	351	360	309	314	356	315	344	359	335	350	383
Kohle, gesamt <sup>1) 15)</sup>	1 000 t	S	2171	2029	2121	2272	2152	2098	2113	2142	2340	2063	2234	2239	2224	2248	2233
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	572	578	609	661	643	659	639	613	650	594	626	599	605	617	637
Bauxit	1 000 t	"	103	99	100	75	65	61	65	69	73	111	123	138	129	120	118
Rohtahl	"	"	145	142	149	159	155	152	156	154	166	157	154	158	154	155	158
Beschäftigte in der Industrie <sup>16)</sup>	1 000	VD	.	1279	.	.	1295	.	.	1287	.	.	1300	.	.	.	.
Einfuhr, gesamt	Mill. Dfl.	S	688	725	841	678	842	1255	647	815	1176	884	991	1124	909	871	360
Ausfuhr, gesamt	"	"	613	659	827	762	877	1370	531	615	946	593	713	1017	619	690	1066
Einfuhr aus den Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	"	513	512	572	472	601	826	426	559	759	632	684	760	652	566	643
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten <sup>9)</sup>	"	"	423	425	566	510	553	928	313	365	597	383	441	673	435	455	732
<b>Jugoslawien</b>																	
Bruttoproduktion d. ges. Industrie	1959 = 100		91	98	111	111	106	123	93	102	117	114	112	122	105	114	122
Kohle, gesamt <sup>1) 17)</sup>	1 000 t	S	1631	1746	1814	1989	1833	1994	1711	1890	2013	1875	1709	1856	1800	2013	1998
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	629	679	665	640	670	760	750	719	747	717	713	682	686	713	730
Rohtahl	1 000 t	"	111,5	114,1	116,0	112,7	103,9	120,3	118,2	121,1	131,8	126,8	116,1	115,8	123,0	122,5	120,1
Kupfer, raff.	"	"	3,1	1,6	3,3	2,8	3,1	2,2	3,0	2,7	3,3	2,9	3,1	2,7	2,8	2,7	3,0
Blei, raff.	"	"	2,0	7,8	7,9	9,9	7,5	10,3	6,3	6,5	7,1	5,8	6,2	7,7	8,3	7,3	9,5
Beschäftigte in soz. Industrie <sup>18)</sup>	1 000	D	1041	1042	1048	1048	1051										